

## **L1-Beschluss Kultur... gut!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 15.07.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

11 Kultur ist ständig im Wandel. Sie spiegelt unsere Gesellschaft und verändert sie  
12 gleichermaßen. Schon aus diesem Grund und weil sie sich aus zahllosen  
13 (sub)kulturellen Strömungen zusammensetzt, lehnen wir als GRÜNE JUGEND NRW den  
14 Begriff einer vermeintlichen Leitkultur ab. Kultur, das ist das, was zwischen  
15 Menschen, also in der Gesellschaft passiert.. Kultur ist Akteur und Resultat  
16 gesellschaftlicher Strömungen. Dass Kultur progressiv, links und emanzipatorisch  
17 ist, schien jahrzehntelang selbstverständlich. Im aktuellen Rechtsruck sehen wir  
18 aber, dass Kultur zunehmend zum Spielball von Rechtspopulist\*innen und  
19 Faschist\*innen wird und die Rechten Kultur gleichermaßen dazu nutzen wollen, die  
20 Gesellschaft nach rechts zu rücken. Wir befinden uns sprichwörtlich in einem  
21 Kulturkampf.

22 Diesen Kampf wollen und müssen wir führen. Progressive Kulturschaffendesehen wir  
23 in diesem Kampf als Verbündete. Es gilt die progressive, linke Kultur zu  
24 stärken, sie auszubauen, und zu verteidigen. Leider handelt die Landesregierung  
25 in einem anderen Sinne. Wir begrüßen, dass sie die Kulturmittel deutlich erhöht  
26 hat, aber eine Erhöhung im Gießkannenprinzip halten wir für falsch. Die  
27 Kulturschaffenden befinden sich in der schwierigen Lage, in einer aufgeheizten  
28 Stimmung ihre Kulturarbeit auszuüben. Progressive Kulturprojekte sind damit auch  
29 in der Gefahr, weniger Publikum zu generieren. Solange die Kultur aber im  
30 neoliberalen System arbeiten muss, ergibt sich ein Widerspruch zwischen  
31 künstlerischen Anspruch und wirtschaftlichem Erfolgsdruck. Diesen Widerspruch  
32 muss die Landesregierung auflösen. Kultur muss so gut ausgestattet sein, dass  
33 Künste das Risiko eingehen können, wirtschaftlich nicht erfolgreich sein zu  
34 müssen. Und weiter noch: Die Kulturszene darf nicht, wenn sie durch das Land  
35 gefördert wird, in ihrem freien Schaffen und Thematisieren von  
36 gesellschaftlichen Missständen eingegrenzt oder überwacht werden. Inhalte und  
37 Themen müssen von Fördermitteln losgelöst sein dürfen.

38 In aufgeheizten Gesellschaftsphasen muss die Kultur daher grundsätzlich deutlich  
39 mehr Unterstützung bekommen. Dafür reicht die Mittelerhöhung der Landesregierung  
40 allerdings nicht aus.

41 Gleichzeitig ist es vor allem die progressive Kultur, die unter dem Rechtsruck

42 leidet und angefeindet wird. In Berlin sehen wir, dass AfD & Co. die progressive  
43 Berliner Clubkultur als Feind entdeckt hat und strukturell versucht, dieser das  
44 (Über)Leben schwer zu machen. Die Landesregierung muss die progressive Kultur  
45 mehr stärken, statt nur die repräsentative Kultur zu fördern. Es braucht einen  
46 echten Kulturförderplan, der nicht nur an Eintrittszahlen gemessen wird, sondern  
47 auch Ausrichtung und Qualität in den Fokus nimmt. Wir fordern ebenso  
48 Rechtsschutzprogramme für Kulturschaffende, um sich gegen diesen rechten Hass  
49 auch wehren zu können.

### 50 **Hochkultur – lehnen wir doppelt ab!**

51 Viele Kulturpolitische Debatten sind geprägt von einem Gegeneinander der  
52 sogenannten „Hochkultur“ zu der „freien Kultur“. Diese Begriffe lehnen wir ab.  
53 Kultur sollte immer frei sein. Wenn das nicht der Fall ist, können wir  
54 grundsätzlich nicht von Kultur sprechen. Wenn von „Hochkultur“ gesprochen wird,  
55 werden damit meist staatliche Kulturhäuser – wie beispielsweise städtische  
56 Theater – angesprochen. Eine sprachliche Hierarchie von Kultur halten wir für  
57 falsch. Vielmehr wollen wir progressive Kultur inhaltlich begründen und nicht  
58 über die Fassade. Richtig ist aber, dass Kultur oftmals zu einer geschlossenen  
59 Veranstaltung von Privilegierten wird. Diese Bewegung schadet der Kultur immens,  
60 denn hierbei steht nicht der Inhalt der Kultur im Mittelpunkt, sondern die  
61 Repräsentation von Privilegierten getreu dem Motto: "Sehen und gesehen werden".  
62 Diese repräsentative Kultur lehnen wir ab. Um den Kulturschaffenden zu  
63 ermöglichen, auf diese repräsentative Kultur zu verzichten, müssen wir ihnen  
64 aber auch die wirtschaftliche Freiheit dafür geben – sprich den Kulturetats  
65 deutlich erhöhen!

66 Wenn Kultur immer frei sein soll, heißt das, dass alle Menschen Zugang zu  
67 jeglicher Art von Kultur bekommen müssen. Die Zugänglichkeit zu allen Formen der  
68 Kultur geht von baulichen Voraussetzungen, über kostenlose Zugänge und Eintritte  
69 bishin zur Verständlichkeit höchst anspruchsvoller Formate.

70 Die strukturell „freie Szene“, also jene, die nicht an staatlichen Häusern  
71 arbeitet, wollen wir deutlich stärken. Zu viele „freie“ Kulturschaffenden  
72 schaffen es nur, ihre Kultur zu leben, in dem sie sich selbst ausbeuten. Wir  
73 begrüßen, dass die Landesregierung die Mittel der freien Szene um 50% erhöht  
74 hat. In keinem anderen Bundesland wird die Kultur so deutlich wie in NRW von den  
75 Kommunen getragen. Die Landesregierung hat als Bedingung für eine erhöhte  
76 Förderung seitens des Landes formuliert, dass Kommunen die Finanzierung von  
77 Kultur nicht zurückfahren dürfen. Diese Systematik löst nicht den deutlich zu  
78 hohen Kommunalisierungsgrad von Kulturausgaben in NRW. Wir fordern daher  
79 vielmehr, dass das Land seine Beteiligung an Zielausgaben der Kommunen richtet.  
80 Damit wollen wir ebenfalls erreichen, dass Kultur nicht mehr als "freiwillige  
81 Leistung" so oft auf sogenannten Giftlisten von Kämmereien steht. Wir setzen uns  
82 dafür ein, dass Kommunen pro 10.000 Einwohner\*innen eine Millionen Euro in  
83

84 Kultur investieren müssen, um die volle Landesunterstützung für Kultur zu  
85 erreichen. Konsequenter stellen wir uns gegen die Aushöhlung, was als  
"akzeptierte" Kunst gilt und was aussortiert werden soll.

86 Wir verstehen die Kulturszene als Verbündete, um dem stärker werdenden  
87 Rechtsruck ganz klar entgegen zu treten. Kultur muss Raum zum freien und  
88 kritischen Denken bieten. Besonders in freien Räumen, in denen Menschen  
89 gemeinsam kreativ sind, Raum zum Ausprobieren haben und Kollektive bilden,  
90 entstehen neue Visionen und Utopien. Nicht selten ist es die Kulturszene, die  
91 gesellschaftliche Misstände aufdeckt oder unkonventionelle Antworten,  
92 beziehungsweise Lösungswege, findet. Leider bleiben manche Ansätze oft ungehört  
93 und laufen parallel zum politischen Geschäft als Freizeitbeschäftigung. Wir  
94 fordern, dass die Kultur als zentraler Ort von gesellschaftlicher Debatte und  
95 Auseinandersetzung mit Misständen ernst genommen wird und wollen, dass die  
96 Landesregierung deshalb den Kommunen mehr Räume zur Verfügung stellt. Ein  
97 Austausch von Politiker\*innen und der Kulturszene halten wir für längst  
98 überfällig, statt sich dieser zu Verschließen.

## 99 **Eine Kultur für alle von allen**

100 Kultur muss für jede\*n offen stehen. Leider ist das nicht der Fall, denn Kultur  
101 zu konsumieren ist teuer. Wir fordern daher Schritte zu unternehmen, damit alle  
102 Menschen Kultur konsumieren können. Wir wollen Schüler\*innen ermöglichen,  
103 kostenfrei in Theater und Oper zu gehen. Den finanziellen Ausfall soll das Land  
104 NRW den jeweiligen Kulturhäusern ausgleichen, da wir in diesem Punkt eine  
105 sozial- bzw. bildungspolitische Notwendigkeit sehen und wir die Kommunen damit  
106 nicht alleine lassen können. In Museen sprechen wir uns grundsätzlich für einen  
107 kostenfreien Eintritt aus. Auch fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung  
108 öffentlicher Bibliotheken und Büchereien, die einen niedrigschwelligen Zugang zu  
109 Kultur und Bildung bieten. Besonders die "freie" und progressive Kultur spielt  
110 für junge Menschen in der heutigen institutionalisierten Gesellschaft eine große  
111 Rolle. Es muss genügend Raum und Aktion gefördert werden, in der sich junge  
112 Menschen ausprobieren können und anders denken dürfen, als es die Gesellschaft  
113 vorlebt. Daher müssen Kulturangebote an Wochenenden deutlich mehr gestützt  
114 werden. Wir fordern weitergehend, dass die Kulturszene als freie Schaffende  
115 stärker mit Schulen und Jugendeinrichtungen zusammenarbeiten kann und diese  
116 Arbeit finanziell stärker durch das Land unterstützt wird.

117 Eine Kultur für alle muss aber auch von allen gestaltet werden können. Die  
118 Zugänge zum Arbeitsmarkt Kultur sind meist jedoch nur durch finanzielle (Selbst-  
119 )ausbeutung möglich. Unbezahlte Praktika im Kulturbereich verstärken nur die  
120 Zweiklassengesellschaft, die mithilfe von Kultur aufgebrochen werden sollte. Wir  
121 fordern daher eine faire Vergütung von Praktikant\*innen im Kulturbereich.

122 Wir müssen alte Muster aufbrechen und zeigen, dass der Arbeitsmarkt "Kultur"

123 nicht nur für Privilegierte zugänglich ist. Und dass der Arbeitsmarkt nicht mehr  
124 nur weißen alten Männern gehören darf. Wenn auf der Bühne gesellschaftliche  
125 Missstände aufgezeigt werden, dürfen diese nicht hinter den Kulissen praktiziert  
126 werden. Es braucht eine Öffnung des Arbeitsmarktes auch für Menschen, welche in  
127 kulturellen Bereichen keine primäre Ausbildung durchlaufen haben.

128  
129 Vor zwanzig Jahren wäre es wohl kaum vorstellbar gewesen, Videospiele könnten  
130 einmal komplexe und sogar gesellschaftskritische Kunstwerke werden, oder dass  
131 progressive soziale Bewegungen sich in erster Linie digital abspielen könnten;  
132 dass sich Menschen verbünden könnten, die zuvor kaum die Möglichkeit dazu gehabt  
133 hätten. Kultur spiegelt unsere Gesellschaft und verändert sie gleichermaßen.  
134 Kulturpolitik ist damit ein zentraler gesellschaftlicher Politikbereich.  
135 Es gilt entsprechend, dafür Sorge zu tragen, dass die Voraussetzungen für die  
136 Inanspruchnahme von Fördermitteln sich den veränderten gesellschaftlichen  
137 Bedingungen, in denen Kultur existiert, anpassen und dass Kulturschaffende sich  
138 nicht im Gegenzug diesen anpassen müssen. Wenn kleine Entwicklungsstudios für  
139 Videospiele Fördermittel gar nicht erst in Anspruch nehmen können, weil sie die  
140 veralteten Voraussetzungen nicht erfüllen können, ist das kein politisch  
141 tragbarer Zustand.

### 142 **„Me too“ - auch Kultur muss Verantwortung übernehmen**

143 Die Kultur betrachtet und thematisiert zwar alles um sie herum; Sie muss sich  
144 aber auch selbst reflektieren und Verantwortung übernehmen. Kultur muss eine  
145 „Arschlochfreie-Zone“ sein, um den Raum für Kreativität und Kritik zu eröffnen,  
146 der für Kunst notwendiger Bestandteil ist. Kulturschaffende, die Untergebene und  
147 insbesondere Frauen sexuell belästigen, ihre Macht missbrauchen oder Menschen  
148 diskriminieren, dürfen dafür keinen Freifahrtschein erhalten, weil es als Ausdruck  
149 ihres kreativen Geistes verharmlost wird.

150 Die "Me too"-Bewegung muss auch genau als solche, als eine Bewegung, verstanden  
151 werden. Und nicht als ein einmaliger Aufruf. Wir befinden uns mehr denn je in  
152 einem Prozess, der Frauen und ihre (Re-)Präsentation in der Kultur sichtbar  
153 machen muss. Kultur darf in diesem Kontext nicht der Verursacher von  
154 Benachteiligung, Diskreditierung und Missbrauch von Frauen und ihren Rechten  
155 sein. Kultur muss fortan in jedem Bereich als ein Werkzeug verstanden werden, um  
156 auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Ein erster Schritt ist es  
157 beispielsweise eine FIT-Quote in staatlich geförderten Kultureinrichtungen  
158 einzuführen, um progressiver als die Frauenquote in anderen Bereichen, ein  
159 deutliches Zeichen der Diversität der Kultur zu gehen. Darüberhinaus sollen bei  
160 der Vergabe von Straßen-, Platz- und Gebäudenamen historische FIT\* Personen  
161 berücksichtigt werden.

### 162 **Kultur schaut zurück und geht nach vorne!**

163 Erinnerungskultur ist in Deutschland ein wichtiger Baustein für eine  
164 demokratische und zivilisierte Gesellschaft. Die selbstkritische Beschäftigung  
165 mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und den Opfern von Verfolgung und  
166 systematischer Ermordung ist in Zeiten, in denen Abgeordnete in deutschen  
167 Parlamenten die NS-Geschichte einen „Vogelschiss“ nennen oder eine  
168 "erinnerungspolitische Wende um 180 Grad" fordern unverzichtbar und muss  
169 ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass jede\*r Schüler\*in in der  
170 Schulzeit eine in den Geschichtsunterricht eingebettete Gedenkstättenfahrt zu  
171 einem Schauplatz der NS-Verbrechen unternehmen sollte. Erinnerungskultur kann  
172 Geschichtsunterricht und Demokratiebildung nicht ersetzen und sollte auch nicht  
173 ausschließlich in diesem Fokus gesehen werden. Erinnerungskultur schaut zwar in  
174 die Vergangenheit, führt aber zwangsläufig zu Forderungen an die Zukunft. Die  
175 Shoah mahnt uns: Aus "Nie Wieder" folgt für uns nicht nur der Kampf gegen jede  
176 Form von Antisemitismus und faschistischem Vernichtungswahn, sondern auch der  
177 Kampf für eine demokratische und offene Gesellschaft für alle Menschen.

178 Kultur ist immer im Wandel und der formulierte Drang nach Wandel. Kultur hat  
179 damit automatisch eine Ideologie. Wir unterstützen die Kultur die nach vorne  
180 drängt und nicht rückwärtsgewandt ist!

### 181 **"Kulturräume - Nazifreie Zone"**

182 Wir fordern einen konsequenteren Umgang mit Rechtsrockkonzerten und -festivals.  
183 Diese oft auch kommerziell erfolgreichen Vernetzungstreffen gewaltbereiter und  
184 krimineller rechter Strukturen sollten verboten und verhindert werden.

185 Kulturräume sind Orte der freien und gleichberechtigten Entfaltung für  
186 Kulturschaffende wie Kulturkonsumierende. Im Optimalfall ermöglichen sie den  
187 Menschen beides zugleich zu sein. Dies ist aber unvereinbar damit, wenn ein  
188 Kulturraum gleichzeitig als Laufsteg und/oder Flaniermeile für Faschist\*innen  
189 und andere Menschenfeinde dient. Man kann nicht morgens bei der Zeitungslektüre  
190 den gesellschaftlichen Rechtsruck beklagen und abends gemeinsam mit Nazis in  
191 Nadelstreifen eine Theaterpremiere besuchen. Bekämpfung des Rechtsrucks findet  
192 nicht nur im politisch-medialen, sondern auch im gesellschaftlich-kulturellen  
193 Diskurs statt. So wie bereits jetzt die alternative Kulturszene auf den  
194 expliziten Ausschluss jeglicher Art der Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit  
195 und rechten Denkweisen hinweist, fordern wir, dass sich auch staatliche  
196 Kulturhäuser deutlich und explizit von diesen Menschen distanzieren, um ihnen  
197 keine Bühne in dieser Szene zu geben.

### 198 **Keine Bühne für Menschenfeindlichkeit**

199 Vom stumpfen Nationalismus von Frei.Wild bis zum Antisemitismus und der  
200 Misogynie von Rappern wie Kollegah und Farid Bang, wir stellen uns gegen jede  
201 Art von Menschenfeindlichkeit und regressiven Ideologien in der Popkultur.

202 Kunstfreiheit ist für uns der Schutz der freien Entfaltung von Künstler\*innen  
203 vor staatlicher Willkür und Zensur und nicht der Deckmantel menschenfeindliche  
204 und regressive Einstellungen über den Umweg der Popkultur zu normalisieren. Aber  
205 Menschenfeindlichkeit in Werk und Inszenierung ist nicht nur ein Problem der  
206 Popkultur, sondern auch in der bürgerlichen "Repräsentationskultur". Blackfacing  
207 von Schauspieler\*innen auf Theater- und Opernbühnen lehnen wir als rassistische  
208 Praxis ab, insbesondere wenn People of Color oft keine Bühne im klassischen  
209 Kulturbetrieb geboten wird. Auch fordern wir einen kritischen Umgang mit  
210 menschenfeindlichen Inhalten klassischer Kulturgüter, wie zum Beispiel dem  
211 Antiziganismus in Verdis Opern.

### 212 **Vielfalt statt Volksgemeinschaft - Kulturkampf in die Offensive bringen**

213 Doch unser Kulturkampf kann kein rein defensiver sein, einsteigen für eine  
214 progressive Kultur kann nicht nur der Abwehrkampf gegen diejenigen sein, die sich  
215 Welt und Gesellschaft wieder so wünschen wie sie in der Vergangenheit schon nie  
216 war. Wir müssen laut für eine vielfältige und bunte Kulturlandschaft streiten.  
217 Es kann nicht nur darum gehen, gegen die Diskriminierung von People of  
218 Color, LGTBIQ, Menschen muslimischen oder jüdischen Glaubens, Menschen mit  
219 Behinderungen und aller anderen Menschen, die nicht in das Bild der Rechten, wer  
220 in unserer Gesellschaft richtig und wichtig ist, zu kämpfen, sondern mit ihnen  
221 auch für die Sichtbarkeit zu kämpfen, die ihnen im Kulturbetrieb zusteht. Zu  
222 einer progressiven und weltoffenen Kultur gehört auch Moscheen nicht in die  
223 Gewerbegebiete abzuschieben, sondern ihnen, wie Kirchen, einen Platz in der  
224 Mitte unserer Städte zu geben. Wir wollen vielfältigere Geschichten in Film und  
225 Fernsehen sehen oder in der Literatur lesen als den heteronormativen Klassiker  
226 "Junge trifft Mädchen" oder die immergleichen männlichen Heldengeschichten. Wir  
227 wollen LGTBIQ-Charaktere mit derselben Selbstverständlichkeit sehen wie  
228 heterosexuelle cisgender Charaktere. Wir blicken nach vorne und wollen eine  
229 Kultur des 21. Jahrhunderts und nicht nur den Backlash zurück in die 50er, wie  
230 Rechtskonservative ihn wollen, oder in die 30er, wie Fachist\*innen ihn  
231 wollen, verhindern.